

S1: Streit ist eröffnet

Kontroverse Lobau-Autobahn | Die öffentliche Auflage der Umweltverträglichkeitsprüfung zur S1 hat begonnen. Laut Asfinag sei eine Umfahrung nicht notwendig. Grüne üben Kritik.

Von Ulla Kreismayer

GROSS-ENZERSDORF | Der Bau der S1, vulgo Lobau-Autobahn, sei ökologisch und ökonomisch erwiesenermaßen nicht sinnvoll. Darauf hätten die Grünen immer wieder hingewiesen, „auch mehrere Studien haben das gezeigt“, lässt die Grüne Landtagsabgeordnete Amrita Enzinger wissen. Das Großprojekt verschlinge drei Milliarden Euro. Geld, das in sinnvollere, nachhaltigere Verkehrsmaßnahmen wie in ein 356 Euro Jahresticket für die Öffis investiert werden könnte. So auch ihr Wiener Kollege Rüdiger Maresch: Ein Steuer-Euro, in Bil-

dung investiert, bringe langfristig dem realen BIP fast siebenmal so viel, wie ein in den Autobahnbau investierter Euro, beruft er sich auf eine jüngst erstellte IHS-Studie. Selbst der Ausbau der Schienen-Infrastruktur bringe im Vergleich zum Autobahnbau immer noch dreimal so viele positive Effekte.

„Verantwortungsloser Umgang mit Steuern“

„Das ist ein verantwortungsloser Umgang mit unserem Steuergeld, mit allen negativen Effekten wie zusätzlicher Autoverkehr und ein Wildwuchs von Einkaufszentren“, so der Wiener

Grüne - bestes Beispiel sei das jüngst eröffnete neue riesige Einkaufszentrum in Gerasdorf mit 4.000 Gratisparkplätzen.

Der grüne Verkehrstadtrat Andy Vanek will sich konkret auf das Verfahren konzentrieren. „Ich spreche als Stadtrat und für die Gemeindeposition: Für Groß-Enzersdorf ist die S1 ohne Umfahrung nicht umweltverträglich.“ Doch laut Asfinag-Gutachten bedürfe es keiner Umfahrung, der Verkehr könne von den Anschlussstellen ins lokale Straßennetz aufgenommen werden. Damit falle auch die Finanzierung der Umfahrung durch den Bund weg. „Dabei hat die Asfinag ständig mit der

Entlastung durch die Umfahrung gerechnet. Eine Nord-Süd-Verbindung wie die S1 entlastet nicht den Ost-Westverkehr“, so Vanek. Der Sachverständige hätte auch zugegeben, dass durch den S1-Bau eine weitere Verkehrsverlagerung auf die Straße stattfinden werde. Aber so etwas sei nicht Teil der UVP, sondern der Verkehrspolitik des Landes.

„Wir wollen die Umfahrung daher im Bescheid festgehalten wissen, eine etwaige Zusage des Baus durch das Land NÖ ist uns zu unverbindlich. Wir haben nun ein Ingenieurbüro beauftragt, uns beim Verfahren zu unterstützen.“ Die NÖN wird laufend berichten.